

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

/XXIV/203

Bonn, den 23. Oktober 1969

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
- 2	<u>Der Name ist ein Programm</u>	66

"Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen"

Von Staatssekretär Dr. Günter Wetzel

3	<u>Um Staat und Volk verdient gemacht</u>	48
	Zum Tode von Fritz Steinhoff	

4	<u>DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE</u>	29
	Zwanzig Jahre im Dienst der Kommunalpolitik	

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Forschung, die uns im Alltag dient

Professor Martin Menges, PI - Berlin, untersucht den Zusammenhang zwischen richtiger Ernährung, Agrarstruktur und Handelspolitik

Schweizer Frauen hoffen bald auf volles Stimmrecht

HEDWIG WACHENHEIM, eine sozialdemokratische Publizistin mit Geist und Herz starb im 79. Lebensjahr

Der Name ist ein Programm

"Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen"

Von Staatssekretär Dr. Günter Wetzel

Unter den Ministerien der neuen Bundesregierung findet sich ein gewohnter Name: "Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen". Er ersetzt den bisherigen Namen Bundesministerium für gesamtdeutsche Angelegenheiten und konkretisiert zugleich die von diesem Ressort wahrgenommenen und weiterhin wahrzunehmenden Aufgaben.

- * Der Name ist ein Programm, das das Bemühen in den Vordergrund
- * stellt, ausbaufähige Regelungen zwischen der Bundesrepublik
- * Deutschland und der DDR zu erreichen. In der Gesamtentwicklung
- * der deutschen Frage ist diese Schwerpunktverlagerung eine lo-
- * gische Konsequenz. Die von uns hierzu für möglich und not-
- * wendig erachteten Regelungen zwischen den beiden Teilen Deutsch-
- * lands können nicht ohne die Regierung in Ostberlin getroffen
- * werden.

Der neue nüchterne Name des Ministeriums dient aber auch der Vertiefung unseres Willens, den anderen Teil Deutschlands nicht als Ausland anzuerkennen. Die innerdeutschen Beziehungen sind damit klar abgegrenzt gegenüber den auswärtigen Beziehungen.

Die Ost- und Deutschlandpolitik geht von der territorialen Integrität aller Nachbarn und der Unverletzlichkeit der Grenzen und Demarkationslinien aus. Das Postulat, mit den Verantwortlichen in der DDR Verhandlungen und zu Regelungen zu kommen, konnte nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden als durch die Umbenennung eines Ressorts der Bundesregierung.

Die DDR wurde niemals bedroht und wird auch in Zukunft nicht bedroht. Die Bemühungen der Bundesregierung um den Abschluß dringend notwendiger Regelungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zum Zwecke der Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen bedrohen nicht die Existenz der DDR.

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland und die Politik der DDR sind an die Tatsache gebunden, daß in beiden Teilen Deutschlands

menschen e i n e r Nation leben und geboren werden. Es kommt darauf an, in gleichberechtigten Verhandlungen Wege und Mittel zu finden, die zwischen den beiden Teilen Deutschlands notwendige und mögliche Regelungen herbeizuführen. Das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands ist und bleibt ein besonders. Das Schicksal der deutschen Nation in der Mitte Europas wird von der Geschlossenheit seiner gegenwärtigen Vergangenheit und der Aufgabe bestimmt, trotz ihrer Haltung an einer friedlichen Zukunft der europäischen Völkerfamilie zuarbeiten.

- * Um für diese Zielsetzungen ein nach allen Seiten unmißverständliches Signal zu geben, erhielt das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen den verpflichtenden Namen "Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen".

Daß "innerdeutsche Beziehungen nicht nur technischer Natur sein sollen und das Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit weder beeinträchtigen noch ersetzen dürfen, ist selbstverständlich. Die Zonenrandgebiete, die Beobachtung der Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands waren Schwerpunkte in der Arbeit des Ministeriums und werden es auch weiterhin sein.

- * Die Anstrengungen zur Bewahrung der Einheit der Nation sind der Inhalt der Deutschlandpolitik. Hierfür arbeitet nicht nur ein einzelnes Ressort, sondern ihr ist das Bemühen der gesamten Deutschlandpolitik der Bundesregierung gewidmet. Um diesem Ziel näherzukommen, genügen nicht Appelle und feierliche Manifestationen; es erfordert nüchterne Arbeit.

Die Umbenennung signalisiert daher keineswegs die Aufgabe des großen geschichtlichen und politischen Ziels der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands; aber sie signalisiert die Aufgabe der früher üblichen Methode, dieses Ziel durch deklamatorische "Bekanntnisse" erreichen zu wollen, anstatt es durch praktisches Handeln anzugehen. Diese Politik ist die konsequente Fortsetzung dessen, was nach Bildung der Großen Koalition in die Deutschlandpolitik eingebracht worden ist und was durch den neuen Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen konsequent fortgesetzt werden wird.

+ + +

Um Staat und Volk verdient gemacht

Zum Tode von Fritz Steinhoff

sp - Das Leben von Fritz Steinhoff, der vor seinem 72. Lebensjahr einem langen und schweren Leiden erlag, spiegelt die Tiefen und Höhen der deutschen Sozialdemokratie wider. Alle Wechselfälle dieses Jahrhunderts und die damit bedingten Veränderungen in der Gesellschaft, vom Kaiserstaat über die Weimarer Republik zur Hitler-Diktatur und den Wiederaufbau eines freiheitlich demokratischen Staatswesens, finden im Leben und im Werdegang von Fritz Steinhoff ihren Niederschlag.

Fritz Steinhoff wurde am 23. November 1895 in Wickede bei Dortmund als eines der 11 Kinder eines Bergarbeiters geboren. Schon als Junge war er von einem Lernwillen beseelt, der seine Lehrer überraschte. Als Steinhoff Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen wurde, schrieb ihm ein Lehrer, ob er sich noch an die Schulzeit erinnere. Steinhoff, den man als junges Bürschchen immer "Fritzchen" nannte, erwiderte, daß er sich gern daran erinnere und mehr denn je zu schätzen wisse, was die Schule ihm für das Leben mitgegeben hat. Katholische Priester wollten dem aufgeweckten Arbeiterjungen zu einem Studium verhelfen. Der Vater von "Fritzchen" lehnte das aus einem damals üblichen "Klassenbewußtsein" ab. Er meinte, wer als Arbeitersohn geboren wurde, solle auch Arbeiter bleiben. Eine solche Einstellung gehört heute der Vergangenheit an.

Im Kohlenpott, der industriellen Herzkammer Nordrhein-Westfalens kannte Fritz Steinhoff jedermann. Seine Bescheidenheit brachte ihm Hochachtung und Respekt ein. Fritz Steinhoff hatte in seinem Leben Schweres zu erleiden. Nach der Schulentlassung arbeitete er als Knecht bei einem Landwirt und danach als Kumpel im Bergwerk. 1913 wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Der Erste Weltkrieg sah ihn als Matrosen und die darauf folgende Zeit als aktiven Kämpfer für ein Deutschland, das um die Verwirklichung der Demokratie rang. Ab 1928, nach dem Besuch von Partei- und Gewerkschaftsschulen, widmete sich Steinhoff ganz der Parteiarbeit, wurde Mitglied der Stadtvertretung von Hagen. 1938 verurteilten ihn die Machthaber des Dritten Reiches wegen Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus. Nach dem 20. Juni 1944 kam er in das KZ Sachsenhausen.

Fritz Steinhoff, klein von Wuchs, aber mit starkem unbeugsamen Herzen, schonte nach dem Zusammenbruch nicht seine Kräfte. Seine Freunde, die wußten, was sie an diesem Mann besaßen, wählten den erprobten Vertrauensmann 1956 mit Unterstützung der FDP zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Er hat in dieser Funktion gute Arbeit geleistet. Fritz Steinhoff, der auch zwei Legislaturperioden dem Bundestag angehörte und viele Jahre lang Mitglied des Parteivorstandes der SPD war, zählte zu den Männern, die durch ihr Wirken der Deutschen Sozialdemokratie zum Durchbruch zur Volkspartei verhelfen. Unter den Baumeistern der deutschen Demokratie nimmt er einen hervorragenden Platz ein.

Fritz Steinhoff hat sich um Volk und Staat verdient gemacht. Sein Streben galt der Verwirklichung des Humanen in der Gesellschaft und der Chancengleichheit für alle, unabhängig von ihrem Herkommen. Er lebte mit an einem demokratischen Deutschland, das wir alle brauchen, um in der Welt bestehen zu können.

DIE DEMOKRATISCHE GEMEINDE

Zwanzig Jahre im Dienst der Kommunalpolitik

sp - Ende Oktober kann das führende kommunalpolitische Fachorgan der Bundesrepublik "Die demokratische Gemeinde" auf ein 20jähriges Erscheinen zurückblicken. Die Zeitschrift hat in dieser Zeit in Kreisen der Kommunalpolitiker aller politischen Gruppierungen höchste Anerkennung gefunden. Sie wird in Fachkreisen nicht nur geschätzt, sondern auch im Vergleich zu ähnlichen Organen im In- und Ausland als beispielhaft bezeichnet.

Diese allgemeine Anerkennung ist umso bemerkenswerter, als sich in der Bundesrepublik besondere Schwierigkeiten ergaben, um eine zentrale, für das ganze Bundesgebiet gedachte kommunalpolitische Zeitung herauszugeben und zu ihrer jetzigen Leistung zu entwickeln.

Während man in Frankreich und anderen mit der Bundesrepublik befreundeten Staaten nur e i n e Kommunalgesetzgebung kennt, gibt es in der Bundesrepublik eine erstaunliche Vielfalt in der kommunalen Gesetzgebung. Dies ist auf den Umstand zurückzuführen, daß nicht nur die Besatzungsmächte sofort nach dem Zweiten Weltkrieg eigene Vorstellungen entwickelten und zum Teil auch durchsetzten; der föderative Aufbau der Bundesrepublik, sowie die traditionsbedingten Voraussetzungen beim Wiederaufbau unserer Gemeinden und Städte taten hierzu ein Übriges.

Es ist das große Verdienst der Zeitschrift "Die demokratische Gemeinde" zum verbindenden Glied der deutschen Kommunalpolitik geworden zu sein. Mit Hilfe dieser Zeitschrift haben viele Tausend junge Kommunalpolitiker ihre ersten Schritte als Gemeinderäte und Bürgermeister im öffentlichen Leben tun können. Auch der Blick über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus wurde den Lesern der "Demokratischen Gemeinde" geöffnet. Kein Wunder, wenn dem Verlag und der Redaktion in diesen Tagen aus der ganzen Welt Glückwünsche zugehen. Auch wir wünschen der Zeitschrift "Die demokratische Gemeinde" weiterhin viel Erfolg.